

AfD sieht sich in der Forderung nach Ratsbegehren bestätigt Stadtrat muss rechtssicheres Verfahren einleiten

Mit dem gestern bekannt gewordenen Gutachten der Grünenfraktion zum Bürgerbegehren gegen die Stadtwerkefusion ist zwar weiterhin nicht klar, ob das derzeit laufende Bürgerbegehren zulässig ist, die Zweifel wachsen aber.

Die AfD Fraktion im Augsburger Stadtrat sieht aber die schnell anwachsende Unterschriftenzahl dennoch als einen ganz klaren Ausdruck, dass viele Bürger dieses emotionale Zukunftsthema durch einen Bürgerentscheid abstimmen wollen. "Hier ist jetzt ganz klar der Stadtrat gefordert, ein rechtlich sicheres Ratsbegehren auf den Weg zu bringen. Alles andere wäre ein klares Ignorieren des Bürgerwillens“, sagt Thomas Lis, Fraktionsvorsitzender der AfD.

"Wir werden uns hier sicherlich dem von den Grünen in Aussicht gestellten Ratsbegehren anschließen oder einen eigenen Antrag stellen. Da dieses Thema auch innerhalb der Regierungsparteien, insbesondere offensichtlich innerhalb der SPD, sehr unterschiedlich bewertet wird, sollte sich eine breite Mehrheit im Stadtrat finden, die hier dem Bürgerwillen Rechnung trägt“, führt Lis weiter aus. Amüsiert betrachtet Lis die krampfhaften Versuche der Begriffsbestimmung bei der Abgabe von Anteilen der Stadtwerke an einen privaten Investor. "Wenn ich Anteile und Mitbestimmungsrechte an einer Stadttochter abgebe und dafür Teilhaber an einer neuen Gesellschaft werde, dann kann ich das Fusion oder Verkauf nennen, das Ergebnis ist dasselbe: Ich gebe einen Teil der Stadtwerke aus der Hand des Bürgers in die Hand eines der großen Energieunternehmen in Deutschland. Zu Recht regt sich hier der Widerstand nicht nur innerhalb der SPD sondern auch bei vielen Bürgern, denen dieser Einstieg in die Privatisierung suspekt ist."

Die AfD fordert daher, durch ein Ratsbegehren dem klaren Bürgerwunsch nach einem Bürgerentscheid zu entsprechen.